

Protokoll der 96. Sitzung des Arbeitskreises „Altern und Gesundheit“ am 24.02.2020

Moderation: Barbara Weigl, Arbeitskreissprecherin

Protokoll: Maria-Theresia Nicolai (Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.)

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung wird angenommen.

TOP 2 Aktuelles aus der Abteilung II A „Zukunft der Pflege und Digitalisierung“ der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Berlin

Referierende: Dr. Anja Ludwig, Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Berlin

Frau Dr. Ludwig erläutert einleitend, dass die Aktivitäten der Abteilung „Zukunft der Pflege und Digitalisierung“ der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenGPG) sehr vielfältig seien und die Präsentation (siehe Anlage) daher nur einen Auszug der Maßnahmen darstelle.

Im Rahmen der [80^{plus}-Rahmenstrategie](#) stellt Frau Dr. Ludwig mit der Förderung der Mobilen geriatrischen Rehabilitation und des Ansatzes der Präventiven Hausbesuche zwei Aktivitäten vor.

Bei der **Mobilen geriatrischen Rehabilitation** handele es sich um eine Form der ambulanten Rehabilitation (§ 40 Abs. 1 SGB V), die durch ein interdisziplinäres Team im gewohnten Wohnumfeld der Patientin oder des Patienten durchgeführt werde. Gemeinsam mit dem Institut für Gerontologischen Forschung e. V. erfolgte im Vorhinein eine Bedarfs- und Angebotsanalyse. Hier sei als ein zentraler hemmender Faktor, die Regularien zur Finanzierung zwischen Anbieter und Kostenträger festgestellt worden. Im November 2019 habe die SenGPG ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Vier Krankenhäuser mit geriatrischen Fachabteilungen sollen im Jahr 2020 durch die SenGPG begleitet werden. Ziel sei, die Verbesserung von Rehabilitationschancen von älteren, kognitiv eingeschränkten Menschen. Die SenGPG fördere im Zuge dessen den Aufbau (keine Personalkosten) im Jahr 2020 mit 25.000 € Anschubfinanzierung pro Träger. Als Orientierung diene ein Modell aus Bayern.

Aktuell bestehen bundesweit verschiedene Projekte/Maßnahmen zur Umsetzung von **präventiven Hausbesuchen**. Ein übergreifender Erfahrungsaustausch fehle allerdings aktuell. Ziel dieses Ansatzes sei, die Erhaltung und Förderung einer Lebensführung im Alter sowie eine Vermeidung/Hinauszögerung des Eintritts von Pflegebedürftigkeit. Eine wesentliche Hürde sei der noch nicht überschaubare finanzielle Aufwand für Berlin, der mit dem Angebot in Verbindung stehen könnte. Hierzu müssen gemeinsame Lösungen zwischen Land und Kostenträger diskutiert werden. Ziel der SenGPG sei, ein tragfähiges Konzept für Berlin zu entwickeln. Hierzu habe sich die SenGPG bereits intensiv mit umgesetzten Beispielen, wie z. B. der Hamburger Hausbesuch auseinandergesetzt. Die SenGPG stelle für das Jahr 2020 finanzielle Mittel für die Konzeptionierung präventiver Hausbesuche in Berlin zur Verfügung. Hierbei sei der Einbezug unterschiedlicher Zielgruppen angedacht, u. a. in Form einer Auftaktveranstaltung. Ab dem Jahr 2021 sei geplant, erste Ansätze in zwei bis drei Berliner Bezirken im Rahmen einer Pilotierung umzusetzen.

Die Initiative [„Pflege 4.0 - Made in Berlin“](#) wurde im Jahr 2018 von der Senatorin für Gesundheit ins Leben gerufen und ein Fachgremium, das durch eine Vielfalt von Beteiligten Akteuren (z. B. Selbsthilfe, Wissenschaft, Ethikbeauftragte, Start Ups) gekennzeichnet sei, eingerichtet. Gemeinsam haben die Mitglieder des Fachgremiums „Pflege 4.0“ „Digitale Kompetenzen“, „Technische Assistenz“ sowie „Sektorenübergreifende Zusammenarbeit, Schnittstellen und Informationsaustausch“ als Schwerpunkte der Initiative „Pflege 4.0 – Made in

Berlin“ bestimmt und Ende 2018 im Rahmen von Workshops diskutiert. Die Dokumentation finden Sie unter: <https://www.berlin.de/sen/pflege/grundlagen/pflege-4-0/workshops/> In ca. ein bis zwei Monaten erfolge die Veröffentlichung des Abschlussberichtes.

Ebenfalls im Jahr 2018 startete bei der SenGPG die Konzeptionierung des **Bürgerdialogs 2030**. Es sei ein gesamtstädtisches altersübergreifendes Bürgerverfahren zum Thema Pflege und somit erstmalig. Das Nexus Institut habe unter Beauftragung der SenGPG eine Kommunikationsstrategie entwickelt, die u. a. die Umsetzung von 26 Veranstaltungen für das Jahr 2020 vorsehe. Bisher konnten bereits erfolgreich Workshops in Schulen umgesetzt werden. Als Unterstützung dienen sogenannte Dialogkörbe, die unterschiedliche Materialien, Methoden sowie ein Handbuch umfassen, um zum Thema Pflege in den Austausch treten zu können. Am Ende des Bürgerdialogs 2030 stehe ein Bürgergutachten, das in einem offiziellen Rahmen in die Verantwortung der Politik übergeben werden solle.

TOP 3 Situation der ambulanten Pflege

Referierende: Frau Margarete May, Fachreferat Altenhilfe und Pflege, Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Schwerpunkt des Vortrages von Frau May ist eine Übersicht zur aktuellen Situation der Ambulanten Pflege anhand des Caritasverbands für das Erzbistum Berlin e. V. (Caritasverband) in Berlin. Grundsätzlich habe die ambulante Pflege „**mit knappem Personalressourcen**“ zu kämpfen und es sei herausfordernd neues Personal zu eruieren. Im Bereich der ambulanten Pflege liege der aktuelle Altersdurchschnitt der Belegschaft in Berlin bei ca. 47 Jahren, so dass in absehbarer Zeit ein Großteil der Mitarbeitenden in den Ruhestand gehen werde. Zwar bilde der Caritasverband pro Jahr 40 Auszubildende in Berlin aus, jedoch geschehe das unter erschwerten Ausbildungsbedingungen. Als weitere Herausforderung werde die generalisierte Ausbildung gesehen, da damit die Heterogenität der Auszubildenden zunehmen werde.

Zur Förderung der ambulanten Pflege biete die SenGPG eine **Unterstützung des Ausbildungsbudgets** an, so dass erstmalig die Ausbildung refinanziert werde. Des Weiteren werde es ggf. künftig Stipendien für die Umschulung von Hilfskräften zur einer Fachkraft geben. Eine Herausforderung sei hier bisher, dass die Hilfskräfte in der Zeit der Umschulung ein Ausbildungsgehalt erhalten haben und somit weniger Gehalt zur Verfügung stehe als zuvor, so dass dies ein zentraler hemmender Faktor für die Entscheidung für eine Fortbildung zur Fachkraft gewesen sei.

Das Thema **Leasing** Sorge aus der Perspektive von Frau May für Unruhe, da u. a. Leasingkräfte oftmals eine freie Wahl der Dienstzeit haben und somit die „schlechten“ Arbeitszeiten auf die Stammbeslegschaft abfallen. Der Caritasverband wolle künftig die geplante Bundesratsinitiative der Gesundheitsministerin Dilek Kalayci zum Verbot von Leiharbeit in der Pflege unterstützen.

Des Weiteren unterstütze der Caritasverband die Social Media-Kampagne **#Faire Pflege**. Die Kampagne begleite das Vorhaben der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, ein neues Vergütungssystem im Rahmen der Medizinischen Behandlungspflege (§ 37 SGB V) einzuführen und mit den Krankenkassen zu verhandeln. Ziel sei, Leistungen, wie z. B. der Weg zur Klientin oder zum Klienten oder auch administrative Tätigkeiten vergütet zu bekommen.

Erfreulich sei die **Anhebung der Tarifuntergrenze** der Pflegekräfte auf 12,50 Euro pro Stunde. Bisher haben die Erfahrungen gezeigt, dass eine Kostensteigerung im Bereich des SGB XI zu Lasten der Leistungsempfänger gehe. Daher werde weiterhin beobachtet an welchen Stellen sich die Lohnsteigerungen auswirken.

TOP 4 Situation der stationären Pflege

Rainer Kleibs, Geschäftsführung der Sozialstiftung Köpenick

Herr Kleibs vertritt als Geschäftsführer der Sozialstiftung Köpenick die Position, dass die stationäre Pflege grundsätzlich gut aufgestellt sei und die wachsenden Anforderungen der letzten 20 Jahre gut begegnet werde. Es lasse sich beobachten, dass die Einführung neuer Qualitätsindikatoren auch mit einer Zunahme der Digitalisierung einhergehe. Eine Herausforderung sei, dass von der stationären Pflege innovative Maßnahmen gefordert werden, jedoch diese in der Vergütung nicht vorgesehen seien. Herr Kleibs merkt an, dass teilweise die formellen Voraussetzungen für die Umsetzung einer generalistischen Ausbildung in der Praxis nicht gegeben seien. Hierzu zählen beispielsweise fehlende Praxisplätze in der Akutpflege.

Aktuell bestehe in der stationären Pflege die große Sorge, die Versorgungssicherheit sicherstellen zu können. Es fehlen nicht nur Fachkräften sondern insgesamt Arbeitskräfte. Das bestätige die Zahl, dass im Jahr 2019 rund 5.400 Pflegekräfte über Leasingunternehmen beschäftigt gewesen seien. Zudem bestehe in der Kurzzeitpflege eine Notsituation, da die Bedarfe nicht gedeckt werden können. Herr Kleibs äußert den Wunsch, mutiger zu sein, Modellprojekte im stationären Pflegebereich umzusetzen und z. B. sektorenübergreifende Zusammenarbeit mit Hilfe von starken Partnern weiterzuentwickeln. Es wird diskutiert, dass es für Modellvorhaben auch verlässliche Strukturen brauche, um gelingende Vorhaben langfristig gewährleisten zu können.

TOP 5 Sonstiges/Termine:

Anhang:

- Präsentation Aktuelles aus der Abteilung II A „Zukunft der Pflege und Digitalisierung“ der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Berlin
- Präsentation „Situation der ambulanten Pflege“